

# LANDKREISTAG | KOMPAKT

VERBANDSNACHRICHTEN DES HESSISCHEN LANDKREISTAGES



## Wechsel in der Geschäftsführung des Hessischen Landkreistages

Nach knapp vier Jahren Amtszeit wurde Christian Engelhardt (CDU) mit einem Empfang im Haus der kommunalen Selbstverwaltung in Wiesbaden aus dem Amt des Geschäftsführenden Direktors des Verbandes der 21 hessischen Landkreise verabschiedet. Er hat zum 16. September 2015 das Amt des Landrates im Landkreis Bergstraße angetreten. Der Präsident des Hessischen Landkreistages, Landrat Erich Pipa (Main-Kinzig-Kreis), würdigte die Leistungen Engelhardts für die hessischen Landkreise und hob hierbei im Besonderen dessen großes Engagement im Zuge der Verhandlungen zu einem neuen Kommunalen Finanzausgleich in Hessen heraus.

Der bisherige Direktor des Hessischen Landkreistages, Dr. Jan Hilligardt (SPD), wechselt zeitgleich turnusgemäß wieder in das Amt des Geschäftsführenden Direktors und ist damit für die kommenden zwei Jahre mit der Hauptgeschäftsführung des Verbandes betraut.

Neuer Direktor wird ab 1. Oktober 2015 Matthias Drexelius (CDU), der über langjährige haupt- und ehrenamtliche kommunalpolitische Erfahrung verfügt. Matthias Drexelius ist seit 2012 als Anwalt in einer namenhaften Frankfurter Sozietät beschäftigt und war zuvor Bürgermeister der Stadt Usingen (1998 bis 2010) und Erster Beigeordneter des Regionalverbandes Frankfurt Rhein-Main (2010/2011).

Der Geschäftsführende Direktor und der Direktor führen als Doppelspitze die Geschäftsstelle des Hessischen Landkreistages, die ihren Sitz im Haus der kommunalen Selbstverwaltung in Wiesbaden hat.



Präsident des Hessischen Landkreistages  
Landrat Erich Pipa

Sehr geehrte Leserinnen,  
sehr geehrte Leser,

endlich wurde zwischen den kommunalen Spitzenverbänden auf der einen und dem Land auf der anderen Seite ein zumindest vertretbarer Minimalkonsens bei der Neuordnung der Kommunal Finanzen erzielt. Die Neuordnung wird zu einer spürbaren Verbesserung auf der Ebene der Landkreise führen.

Weitere aktuelle Themen sind die geplante Krankenhausreform sowie die Frage, wie ausländische Flüchtlinge in unserem Land aufgenommen und willkommen geheißen werden.

Bei der Lektüre dieser Ausgabe von Landkreistag Kompakt wünsche ich Ihnen viel Vergnügen.

Ihr Erich Pipa

## Inhalt

### AKTUELLE THEMEN SEITE 02

- Übereinkunft zum Kommunalen Finanzausgleich ab 2016
- Hessische Landrätinnen und Landräte vereinbaren „Wiesbadener Erklärung“ zur Krankenhausreform

### KURZ NOTIERT SEITE 03

- Landräteseminar 2015 in Berlin
- Rechts- und Europaausschuss würdigt „25 Jahre Deutsche Einheit“
- Informationsreise des Wirtschafts- und Planungsausschusses nach Brüssel
- HLT-Ehemaligentreffen im Hessischen Landtag

### AUS DEM DEUTSCHEN LANDKREISTAG SEITE 04

- Asylpaket des Bundes greift zahlreiche Forderungen des Landkreistages auf

### PERSONALIEN / EHRUNGEN / TERMINE SEITE 04

## Übereinkunft zum Kommunalen Finanzausgleich ab 2016

Bekanntlich haben im zurückliegenden Juli kommunale Spitzenverbände, Landesregierung und Regierungsfraktionen auf dem Weg zur Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs in Hessen ab dem Jahr 2016 eine „Übereinkunft“ erzielen können. Hierdurch wurden auf der Zielgeraden noch Veränderungen gegenüber dem Land durchgesetzt, welche lange gehegte Forderungen der kommunalen Familie Hessens aufgreifen. Die Einigung kann unter dem Strich dennoch nur ein vertretbarer Minimalkonsens sein. Zwar wurden dem Land beträchtliche Zugeständnisse abgerungen, welche die hessischen Kommunen auf Dauer im neuen KFA 2016 besserstellen, jedoch bleibt eine durchgreifende und strukturelle Besserstellung der hessischen Kommunen weiter aus. Zentrale Elemente der Übereinkunft sind neben eines um 5 Mio. Euro erhöhten Soziallastenansatzes insbesondere, dass künftig 50% eines potenziellen Zuwachses des sogenannten Stabilitätsansatzes bei den Kommunen verbleiben werden. Ursprüngliche Vorstellungen des Landes sahen noch vor, die kommunale Familie nur mit einem Drittel profitieren zu lassen. Wichtigster Baustein ist jedoch, dass außerordentliche finanzielle Entlastungen durch den Bund fortan in voller Höhe bei den Kommunen verbleiben.

Nach einer Einschätzung des Hessischen Ministeriums der Finanzen sind schon jetzt für die nähere Zukunft kommunale Entlastungen durch den Bund durch einen erhöhten Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft und einen erhöhten kommunalen Umsatzsteueranteil absehbar. Diese sollen im Jahr 2016 mindestens 75 Mio. Euro

betragen, im Jahr 2017 180 Mio. Euro erreichen und ab 2018 auf eine Höhe von 350 Mio. Euro ansteigen. Für den aus einer solchen Entlastung resultierenden Zuwachs des Stabilitätsansatzes, der in voller Höhe der kommunalen Familie verbleiben wird, bedeutet dies beispielsweise für 2018 ein Plus von ca. 70,3 Mio. Euro alleine für die hessischen Landkreise. Schließlich wurde vereinbart, dass die steigenden finanziellen Herausforderungen bei der Unterbringung von Flüchtlingen zwar aus systematischen Gründen nicht Gegenstand des Kommunalen Finanzausgleichs sein können, dem hieraus erwachsenden Mehrbedarf jedoch im Rahmen der laufenden Gespräche zur Anpassung der Pauschalen nach dem Landesaufnahmegesetz noch im laufenden Jahr Rechnung zu tragen sein wird. Im Gegenzug haben die kommunalen Spitzenverbände erklärt, dass sie die jetzt gefundenen Regelungen als Kompromiss für vertretbar halten und darauf verzichten werden, ihren Mitgliedskommunen zu empfehlen, eine Klage gegen die Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleichs in Hessen einzureichen. Ungeachtet aller positiven Veränderungen, welche die Übereinkunft mit dem Land ab dem Jahr 2016 auch für die hessischen Landkreise gebracht hat, hält der Verband jedoch an seiner grundsätzlichen Einschätzung fest, dass die strukturelle Unterfinanzierung der hessischen Landkreise auch auf diesem Wege nicht beseitigt werden kann. Vor diesem Hintergrund ruhen die Hoffnungen insbesondere darauf, dass die vom Hessischen Ministerium der Finanzen angestellte positive Prognose zu der mittelfristigen Entwicklung des KFA-Volumens eintreffen wird.

## Hessische Landrätinnen und Landräte vereinbaren „Wiesbadener Erklärung“ zur Krankenhausreform

Die 21 hessischen Landrätinnen und Landräte haben die „Wiesbadener Erklärung“ zur geplanten Krankenhausreform verabschiedet. Durch ein Krankenhausstrukturgesetz beabsichtigt der Bundesgesetzgeber die Qualität der medizinischen Versorgung und die Patientensicherheit zu verbessern. Zahlreiche Landkreise in Hessen sind davon als Träger kommunaler Krankenhäuser betroffen.

Die hessischen Landkreise halten das Krankenhausstrukturgesetz grundsätzlich für eine sehr gute Entscheidung. Bedauerlicherweise gibt es aber bei der Ausgestaltung des Gesetzentwurfes gewaltige Fehlentwicklungen. In der Wiesbadener Erklärung der 21 hessischen Landrätinnen und Landräte wird betont, dass die für eine bessere Versorgung unbedingt erforderlichen finanziellen Mittel den Krankenhäusern nicht zur Verfügung gestellt werden. Vor dem Hintergrund, dass die Klinik-Mitarbeiter an der Grenze der Belastbarkeit angelangt sind, versteht es sich von selbst, dass für eine bessere Qualität auch die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen.

In der Wiesbadener Erklärung wird daher gefordert, dass das Gesetz zur Krankenhausreform finanziell zugunsten der Krankenhäuser deutlich nachgebessert und in seinem strukturellen Teil grundlegend überarbeitet wird. So müssen sich die Preiserhöhungen an den tatsächlichen Kosten der Kliniken orientieren, die völlig unzureichende Investitionsförderung verbessert und die deutliche Unterfinanzierung der Notfallambulanzen beendet werden.



## Landräteseminar 2015 in Berlin

Auch in diesem Jahr hat der HLT sein seit vielen Jahren bewährtes Landräteseminar durchgeführt. Das insgesamt dreitägige Seminar fand in Berlin statt und hat allen Teilnehmern die Möglichkeit gegeben, mit dem Deutschen Landkreistag intensive Gespräche über aktuelle kreisrelevante Entwicklungen auf Bundesebene zu führen. Daneben bestand auch die Gelegenheit zu Beratungen mit dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister des Inneren, Dr. Ole Schröder, dem Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Rainer Bomba, sowie Vertretern des Bundesministeriums für Arbeit. Neben aktuellen Fragen der Asyl- und Flüchtlingspolitik sowie deren Auswirkungen auf die Landkreise haben die hessischen Landräte in diesen Gesprächen insbesondere auch die Perspektiven des Breitbandausbaus und digitaler Infrastrukturen sowie Fragen und Entwicklungen im Kontext des Bundesteilhabegesetzes erörtert. Ergänzt wurde das Seminar durch einen Besuch des Bundespräsidialamtes.

Im Ergebnis hat sich erneut gezeigt, wie wichtig es ist, im Dialog mit Vertretern der Bundespolitik die praktischen Auswirkungen ihrer politischen Weichenstellungen zu besprechen und notwendige Verbesserungen und Korrekturen anzumahnen.

## Rechts- und Europaausschuss würdigt „25 Jahre Deutsche Einheit“



Der Rechts- und Europaausschuss des Hessischen Landkreistages hat sich zum Ziel gesetzt, das Jubiläum „25 Jahre Deutsche Einheit“ im Rahmen seiner Sitzungen im Jahr 2015 besonders zu würdigen. Die Frühsommersitzung des Ausschusses führte daher an die hessisch-thüringische Landesgrenze in das Grenzmuseum Point Alpha.

Am Point Alpha standen sich die Vorposten von NATO und des Warschauer Paktes vier Jahrzehnte lang direkt gegenüber. Er war bis 1989 einer der wichtigsten Beobachtungstützpunkte der US-Streitkräfte in Europa und galt im Kalten Krieg als einer der besonders „kritische Punkte“.

## Informationsreise des Wirtschafts- und Planungsausschusses nach Brüssel



Die europäische Politik hat auf eine Vielzahl der Beratungsthemen des Wirtschafts- und Planungsausschusses des HLT Einfluss. Aus diesem Grund hat der Ausschuss den Dialog mit dem Europabüro des Deutschen Landkreistages sowie der Hessischen Landesvertretung in Brüssel gesucht, um sich über aktuelle, für die Landkreise relevante Entwicklungen auf europäischer Ebene zu beraten. Die insgesamt zweitägige Informationsreise nach Brüssel hat die Gelegenheit geboten, aktuelle, für die Landkreise wichtige Themenfelder mit Ansprechpartnern vor Ort zu diskutieren und die praktischen Auswirkungen der europäischen Politik auf die tägliche Arbeit der hessischen Landkreise zu verdeutlichen.

Abgerundet wurde die Informationsreise durch einen Austausch mit dem Hessischen Staatssekretär für Europaangelegenheiten, Mark Weinmeister, sowie einem Gesprächstermin bei der Europäischen Kommission.

## HLT-Ehemaligentreffen im Hessischen Landtag

Das diesjährige Treffen der ehemaligen Landräte, Kreistagsvorsitzenden und HLT-Direktoren fand in den Räumlichkeiten des Hessischen Landtages statt und bot die Gelegenheit, sich in historischem Rahmen wiederzusehen.

Nach einem gemeinsamen Mittagessen informierte der Präsident die Teilnehmer über aktuelle Verbandsthemen. Im Vordergrund stand dabei insbesondere die Frage der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern. Nach einer Führung durch den Hessischen Landtag nutzen die Teilnehmer die Gelegenheit, dieses Thema auch in einem Gespräch mit dem Präsidenten des Hessischen Landtages, Norbert Kartmann, sowie dem ehemaligen Kreistagsvorsitzenden des Rheingau-Taunus-Kreises, Innenminister Peter Beuth, intensiv zu diskutieren.



## Asylpaket des Bundes greift zahlreiche Forderungen des Landkreistages auf

Der Deutsche Landkreistag hat die bekannt gewordenen Regelungsvorschläge des Bundes für ein Asylpaket einer ersten Bewertung unterzogen. Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke sagte: „Der Gesetzentwurf greift eine Reihe von Forderungen des Deutschen Landkreistages auf und ist insoweit zu begrüßen. Das gilt etwa für die Einführung eines beschleunigten Asylverfahrens an der Grenze und die Unterbringung von Asylsuchenden aus sicheren Herkunftsstaaten für die gesamte Dauer des Verfahrens in einer Erstaufnahmeeinrichtung. Bedauerlich ist dagegen, dass diese Regelung nach wie vor nur die Asylsuchenden adressiert. Erreicht werden muss, dass die Länder verpflichtet werden, die Betroffenen für diesen Zeitraum unterzubringen. Auch Folgeantragsteller sollten in Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht werden.“ Darüber hinaus sei für die Landkreise wichtig, zügig Gewissheit über die zusätzlichen Mittel des Bundes zu erlangen, um die Lage vor Ort auch finanziell schultern zu können. „Dazu muss neben der Höhe der Unterstützung vor allem auch entschieden werden, auf welchem Transferweg dieses Geld an die für die Anschlussunterbringung von Flüchtlingen weit überwiegend verantwortlichen Landkreise gelangen soll.“

Das Gesetzespaket befindet sich derzeit noch in der Ressortabstimmung. Es setzt die bekannt gewordenen Vorschläge für Maßnahmen um, mit denen die Bundesregierung auf die aktuelle Flüchtlingssituation reagieren will. Im Kern sollen das Asylverfahren beschleunigt und Rückführungen erleichtert werden. Materielle Anreize für die Zuwanderung von Asylbewerbern und Flüchtlingen sollen beschränkt werden. Standards im Baurecht werden für einen begrenzten Zeitraum zurückgenommen. Henneke dazu: „Die vorgeschlagenen Leistungskürzungen entsprechen einer Forderung des Deutschen Landkreistages, wobei nicht übersehen werden darf, dass es in Folge der Umsetzung auch zu punktuellen Leistungsausweitungen kommt. Das setzt in der derzeitigen Situation falsche Anreize. Zu prüfen wäre, ob für Asylsuchende aus sicheren Herkunftsstaaten noch weitergehende Leistungskürzungen in Betracht kommen.“ Insgesamt müsse die Summe

der finanziellen Anreize als sog. Pull-Faktoren deutlich reduziert werden.

Die Beschleunigung der Asylverfahren und die konsequentere Rückführung vollziehbar Ausreisepflichtiger seien zu begrüßen. „Dies kann einen entscheidenden Beitrag zur Entspannung der Situation in den Landkreisen und Städten leisten, da auf diese Weise in Verbindung mit dem Verbleib der Menschen ohne Bleibeperspektive in der Erstaufnahmeeinrichtung für das gesamte Asylverfahren diese gar nicht erst auf die Kommunen verteilt werden würden.“

### PERSONALIEN

Herr Christian Engelhardt (CDU) trat am 16. September 2015 das Amt des Landrates im Landkreis Bergstraße an.

Ab 01. September 2015 übernahm Landrat Dr. Michael Koch (CDU) die Nachfolge von Herrn Dr. Karl Ernst Schmidt im Landkreis Hersfeld-Rotenburg.

Im Odenwaldkreis ist Herr Frank Matiaske (SPD) seit dem 01. September 2015 Landrat. Er löst damit Landrat Dietrich Kübler (ÜWG) ab.

Am 01. Oktober 2015 tritt Herr Klaus Peter Schellhaas (SPD) in seiner zweiten Amtszeit das Amt als Landrat für den Landkreis Darmstadt-Dieburg an.

Erster Kreisbeigeordneter im Landkreis Fulda ist seit 15. August 2015 Herr Frederik Schmitt (CDU).

### EHRUNGEN

Ehemaliger Landrat und Erster Vizepräsident des Hessischen Landkreistages Dr. Karl-Ernst Schmidt wurde für seine langjährigen Verdienste beim Hessischen Landkreistag mit der Landkreis-Ehrenmedaille ausgezeichnet.

Ebenso wurde der ehemalige Landrat Matthias Wilkes für seine langjährigen Verdienste beim Hessischen Landkreistag mit der Landkreis-Ehrenmedaille ausgezeichnet.

### TERMINE

- **Konferenz der Kreistagsvorsitzenden**  
Donnerstag, 01.10.2015, 10:00 Uhr, Seligenstadt
- **Rechts- und Europaausschuss**  
Dienstag, 13.10.2015, 10:00 Uhr, Wiesbaden
- **Schul- und Kulturausschuss**  
Mittwoch, 14.10.2015, 10:00 Uhr, Wiesbaden



Hessischer  
Landkreistag

#### IMPRESSUM

**VERANTWORTLICH**  
Direktor Dr. Jan Hilligardt  
(geschäftsführend)  
Direktor Matthias Drexelius

**HERAUSGEBER**  
Hessischer Landkreistag  
Frankfurter Straße 2  
65189 Wiesbaden

Telefon: 0611 / 17 06-23  
E-Mail: ries-knauer@hlt.de  
Internet: www.hlt.de

#### KOORDINATION

Tim Ruder (Pressesprecher)  
Melanie Ries-Knauer  
(Öffentlichkeitsarbeit  
und Organisation)

**ERSCHEINUNGSWEISE /  
AUFLAGE**  
zwei- bis dreimonatlich  
2.500 Exemplare  
(gedruckte Version)

Alle Inhalte und Bilder sind lizenzrechtlich geschützt. Abdruck und Vervielfältigung nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Hessischen Landkreistages.

#### GESTALTUNG

Muhr – Partner für Kommunikation  
www.muhr-partner.com  
Seerothenstraße 27  
65195 Wiesbaden

#### BILDNACHWEIS

Hessischer Landkreistag (S.1, S.3)  
Muhr, P+K (S.2)